

<https://www.infranken.de/deutschland/erste-details-zu-oezdemirs-neuer-fleischsteuer-bauern-koennten-sogar-noch-draufzahlen-art-5827943>

7.2.2024

Erste Details zu Özdemirs neuer "Fleischsteuer": Bauern könnten sogar noch draufzahlen

Für das Tierwohl will Bundesagrarminister Cem Özdemir eine Abgabe auf Fleischprodukte einführen. Eckpunkte der neuen Steuer sollen mehreren Medienhäusern vorliegen. Doch ein Experte befürchtet, dass die Bauern am Ende noch höhere Kosten haben.

Fleisch könnte schon bald teurer werden. Bundesagrarminister [Cem Özdemir](#) (Grüne) plant nämlich eine Abgabe für Fleischerzeugnisse, die mehr Investitionen für das Tierwohl auf deutschen Höfen ermöglichen soll. Mehrere Medien, darunter Table.Media und Bild berichten von der möglichen Ausgestaltung.

Demnach handle es sich um eine zusätzliche Abgabe auf "Fleisch, Fleischerzeugnisse und genießbare Schlachtnebenerzeugnisse" sowie "Verarbeitungsprodukte mit einem bestimmten Anteil von Fleisch, Fleischerzeugnissen oder genießbaren Schlachtnebenerzeugnissen", zitiert die Bild. Laut Table.Media handle es sich bei dem Konzept des Ministeriums um eine "Verbrauchssteuer auf tierische Produkte". Das ist nicht die einzige Änderung für die Verbraucherinnen und Verbraucher an der Fleischtheke - seit Februar gilt bereits eine neue [Kennzeichnungspflicht für Koteletts, Würstchen und Co.](#)

Neue Fleischsteuer: Darum geht es bei der Abgabe fürs Tierwohl
Übersetzt bedeutet das: Alles, wo Fleisch drin ist, könnte für das Tierwohl teurer werden. Laut Informationen der Bild soll es sich bei der Steuer um eine Kilogramm-Abgabe handeln. Die Höhe der Steuer soll "politisch" in Abstimmung mit dem [Finanzministerium](#) entschieden werden. Im Januar hieß es im [Bundestag](#) von Özdemir noch, dass es sich um "wenige Cent pro Kilo mehr" handeln solle.

Die zusätzlichen Einnahmen aus der Steuer sollen laut Table.Media für die "Umgestaltung der Nutztierhaltung hin zu mehr Tierwohl" eingesetzt

werden - sprich den Bauern zugutekommen. Das wäre für diese zumindest eine Erleichterung, immerhin [protestieren die Bauern seit Wochen bundesweit](#) wegen geplanter Subventionskürzungen. Ob das Geld aber tatsächlich bei den Erzeugern für die umfangreichen Investitionen ankäme, ist jedoch fraglich. Der Passauer Steuerrechtler Till Valentin Meickmann, den Table.Media im Bericht zitiert, bezweifelt, dass dieser Ausgleich mit EU-Recht vereinbar ist.

<https://www.saechsische.de/radebeul/radeburger-agrargenossenschaft-beendet-milchproduktion-5961052-plus.html> 1.2.2024

Agrargenossenschaft beendet Milchproduktion in Radeburg

15 Mitarbeiter werden aus der Radeburger Agrargenossenschaft entlassen, 400 Milchkühe verkauft. Schuld sind gestiegene Energiepreise und Restriktionen für einen Stallneubau.

Radeburg. In einer außerordentlichen Generalversammlung haben die Mitglieder der [Agrargenossenschaft Radeburg](#) am Dienstag die Stilllegung der Milchproduktion beschlossen. Ein wichtiger Grund sei eine Verdopplung des Strompreises, so Vorstandsvorsitzender Denis Thomas. Ab dem Frühjahr werden die 400 Milchkühe verkauft. 15 Mitarbeiter, die in der Milchwirtschaft tätig waren, wurden gekündigt. Das ist etwa ein Drittel der 51 Angestellten. "Sie haben allerdings alle eine neue Arbeit gefunden", unterstreicht Denis Thomas. Dennoch ist der einstimmig gefasste Beschluss für ihn letztlich bitter. Vor allem, weil die Genossenschaft eigentlich in großem Stil investieren wollte.

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-kommission-bauernproteste-pestizidgesetz-100.html> 6.2.2024

EU-Kommission kippt Pestizidgesetz

Angesichts der andauernden Proteste der Bauern zieht die EU-Kommission ihren Vorschlag für eine Pestizidverordnung zurück. Laut Kommissionspräsidentin von der Leyen ist das Ganze damit aber nicht vom Tisch.

Die EU-Kommission will angesichts vehementer Proteste vieler Bauern in der EU einen Vorschlag für ein Umweltschutzgesetz gegen hohen

Pestizideinsatz zurückziehen. Vor dem Europaparlament sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die Verordnung sei ein Symbol der Polarisierung geworden. Der Vorschlag sei vom EU-Parlament abgelehnt worden und auch im europäischen Rat gebe es keine Bewegung. "Also müssen wir etwas unternehmen. Ich werde vorschlagen, die vorgelegte Verordnung zurückzunehmen."

Das Thema sei allerdings nicht von Tisch, kündigte von der Leyen an. Es sei ein "lobenswertes Ziel, die Risiken chemischer Pflanzenschutzmittel zu verringern." Die Kommission könne nun einen neue "ausgereifere" Richtlinie ausarbeiten und dabei Bauern- und Umweltverbände stärker einbeziehen. Mit einem neuen Vorschlag ist allerdings nicht mehr vor den Europawahlen im Juni zu rechnen.